

Kleine Anfrage 1486

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Volksbegehren-Gesetzgebung gemäß Art. 76 der Landesverfassung bürgerfreundlich und rechtssicher ausgestalten

Wie allseits bekannt, gibt es im Land Brandenburg gemäß Art. 76 ein Gesetz über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid als Ausschluss aus der Landesverfassung.

Ziel und Gegenstand ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die politische Mitwirkung ermöglichen zu können, dies auch als Auftrag und Echo aus der friedlichen Revolution von 1989. Mittlerweile hat es im Land Brandenburg sehr viele Volksinitiativen und einige Volksbegehren gegeben, und im Rahmen dessen wurden viele Erfahrungen gesammelt, und wurden auch schon Veränderungen am Gesetz und am Prozedere vorgenommen. Nunmehr hat es im Jahre 2015/2016 eine Häufung von Volksinitiativen und Volksbegehren gegeben, hier z. B. Volksbegehren gegen Massentierhaltung und Volksbegehren gegen eine dritte Start- und Landebahn am BER und das nunmehr laufende Volksbegehren gegen den Bau von Windkraftanlagen im Wald.

Bei den zwei abgelaufenen Volksbegehren wurden zahlreiche Probleme festgestellt, die man so nicht weiter hinnehmen kann. So ist es bei Volksbegehren im Land Brandenburg Pflicht, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Amtsverwaltung gehen, um dort in der Meldebehörde oder an einer anderen Stelle ihre Unterschriften zu leisten, wenn man denn nicht vom Briefwahlverfahren Gebrauch machen möchte.

Nunmehr hat sich herausgestellt, dass in zahlreichen Gemeinden ein Verfahren praktiziert wird, was nicht nur bürgerunfreundlich ist, sondern den Sinn und den Zweck des Volksbegehrens vollständig ad absurdum führt. So wurde aus Gemeinden berichtet, dass Bürger, die sich in der Gemeindeverwaltung melden, an die entsprechende Stelle verwiesen wurden. Das war häufig die Meldebehörde. Dort wurden sie in die Warteschlange, zu allen anderen Bürgern, die dort Personalausweise, Urkunden, Dokumente etc. beantragt hatten, eingereiht. Dies ergab die reale Situation, dass Bürgerinnen und Bürger, die lediglich eine Unterschrift für das Volksbegehren leisten wollten, was weniger als eine Minute dauert, in Warteschlangen von 20, 30, 50 oder auch mehr Minuten verwiesen wurden, die sie dann resigniert verlassen haben.

Die Kommunen begründen dies mit der Tatsache, dass sie für das Volksbegehren nicht extra Personal einstellen können, welches die Information und die Umsetzung der Eintragung übernimmt.

Eine öffentliche Auslegung der Eintragungsliste ohne personelle Begleitung durch Mitarbeiter der Verwaltung wäre nicht zulässig.

Weiterhin wurde aus nicht wenigen Kommunen berichtet, dass nicht an fünf Tagen in der Woche die Zugänglichkeit zur entsprechenden Eintragungsstelle möglich ist, sondern dass in einigen Kommunen nur an zwei Tagen pro Woche eine Eintragung möglich war. Auch das widerspricht dem Sinn, Zweck und Ziel der Volksgesetzgebung. Hier verschanzen sich die Kommunen hinter der Tatsache, dass die Öffnungszeiten nun mal so sind, wie sie sind und dass die Kommunen nicht die Pflicht haben, mehr Personal etc. einzustellen. Denn das wäre ja im Volksgesetzgebungsgesetz nicht geregelt.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die Tatsache bekannt, dass Bürgerinnen und Bürger sich in Bürgerämtern/Meldebehörden in die Warteschlange einreihen müssen, lange Wartezeiten bis zur Unterschriftsleistung hinnehmen müssen?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass dieses dem Inhalt, Ziel und Zweck des Gesetzes entspricht?
3. Sind Kommunen verpflichtet, Personal für die Eintragung beim Volksbegehren bereitzuhalten, um eine zügige und reibungslose Eintragung in die Eintragungslisten sicherzustellen?
4. Wenn Kommunen das tun, greift an dieser Stelle das Konnexitätsprinzip, da es sich ja um ein Landesgesetz handelt, das den Kommunen bestimmte Aufgaben auferlegt?
5. Wenn es keine Pflicht zu einer weitgehenden zeitnahen Sicherstellung der Unterschriftsleistung gibt, stellt sich die Frage, ob die Landesregierung der Auffassung ist, dass das Gesetz über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide im Land Brandenburg diesbezüglich geändert werden muss, und wenn ja, in welche Richtung?
6. Ist die Landesregierung der Auffassung bzw. welche Meinung vertritt die Landesregierung im Hinblick auf die Zugänglichkeit zu den Unterschriftslisten, hier insbesondere auf die Tatsache, dass die Zugänglichkeit zu den Unterschriftslisten in einigen Gemeinden nur an zwei Tagen in der Woche gewährleistet?
7. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es einen Rechtsgrundsatz im Volksgesetzgebungsgesetz im Hinblick auf eine Verpflichtung der Kommunen im Hinblick auf eine 5-Tage-Woche gibt, wenn ja, in welchem Umfang?
8. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass angesichts der Erfahrungen aus den Volksbegehren 2015/2016 das Gesetz über die Volksgesetzgebung geändert werden müsste und wenn ja, in welchen Punkten?